

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN: Bald Hälfte der Unterstützungs-Erklärungen geschafft!

In wenigen Wochen wird die Hälfte der gesetzlich geforderten rund zehntausend gemeindeamtlich oder notariell bestätigten Unterstützungs-Erklärungen für dieses „**wichtigste aller Volksbegehren**“ vorliegen; die zweite Hälfte muß dann bis Ende nächsten Jahres (2014) zustandekommen, damit das eigentliche Volksbegehren, die „öffentlich kundgemachte Eintragungswoche“, dann ca. ein halbes Jahr danach stattfinden kann. Die durch Lug und Trug herbeigeführte EU-Mitgliedschaft - „Der Schilling wird bleiben!“ und viele andere, falsche Versprechungen - bestimmt inzwischen fast alle Lebensbereiche. Wir werden immer mehr **entrechtet** und zunehmend auch finanziell **enteignet** durch die Bankenrettungspakete des Euro-„Rettungsschirms“ und des ESM-Schuldenhaftungs-Vertrags. **So kann es nicht weitergehen!** Denn wer soll dann noch die Retter „retten“, nämlich vor allem Deutschland, Österreich und die Niederlande, die größten „Nettozahler“ der EU?!

Es bringt nichts, auf „die Politiker“ zu schimpfen, wir Bürger müssen selber aktiv werden. Wenn ein Volk dies alles tatenlos hinnimmt, verspielt es sein Selbstbestimmungsrecht selbst. Das Wort „**Demokratie**“ bedeutet nicht, daß das Volk herrscht! Das wäre in der Praxis unmöglich und auch gar nicht wünschenswert. Aber es bedeutet in



Inge Rauscher, Obfrau der IHU und Bevollmächtigte des EU-Austritts-Volksbegehrens

der richtigen Übersetzung aus dem Griechischen: „Das Volk ist stark. Es hat das Sagen.“ Dann können die Politiker (und ihre Hintermänner) auch nicht mehr anders - egal von welcher Partei (siehe Fall der Berliner Mauer und des „eisernen Vorhangs“). Aber die Stimme des Volkes muß stark genug und unmißverständlich sichtbar werden! Deshalb unsere langjährige Arbeit am Zustandekommen des EU-Austritts-Volksbegehrens; wir können dieses „nur“ organisieren, verwirklichen kann es nur eine möglichst große Anzahl von **Bürgern mit Zivilcourage**. Freiheit wurde und wird zu allen Zeiten der Geschichte niemals geschenkt, sie kann immer nur erkämpft werden - meist gegen erbitterten Widerstand der „Obrigkeit“.

Das ist auch der Grund, warum wir alle zehntausend Unterstützungs-Erklä-

rungen **ein zweites Mal** erarbeiten müssen; diesmal hat die Einreichungsbehörde (Innenministerium) den Text des Volksbegehrens von Anfang an für „gesetzeskonform“ erklärt und bestätigt. Alle, die diesen „zweiten Anlauf“ bereits (neuerlich) im Gemeindeamt/Magistrat oder vor'm Notar unterschrieben haben, **sind** solche „Bürger mit Zivilcourage“. Mögen sich noch viele weitere Bürger dazu entschließen, für ihr Land offen einzutreten! Dann wird Österreich wieder eine Zukunft haben - als **wirklich** (nicht nur am Papier) **neutraler und friedlicher, volkswirtschaftlich gesunder Staat** wie in den fast 40 Jahren unserer Mitgliedschaft bei der EFTA, mit der Österreich wesentlich besser „gefahren“ ist als mit der EU.

Die Schweiz ist den Irrweg in die EU **nicht** gegangen und wickelt dementsprechend einen beträchtlichen Teil ihres (Export-)Handels über **die EFTA** ab, die auch Verträge mit vielen außereuropäischen Ländern in anderen Kontinenten abgeschlossen hat. Bei einem Aus-

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

tritt aus der EU könnte Österreich der EFTA jederzeit wieder beitreten.

Im Herbst haben wir zahlreiche **Info-Stand-Aktionstage** für's Volksbegehren, teilweise mit Notar, an zentralen Plätzen in Wien, St. Pölten, Baden und in insgesamt 11 Städten in den westlichen Bundes-

ländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg durchgeführt. Weitere sieben Aktionstage werden bis Jahresende vor U-Bahn-Stationen und Bezirksämtern in Wien durchgeführt; die genauen Termine und Standorte können Sie der Internet-Seite www.eu-austritts-volksbegehren.at entnehmen. Die anderen Bundesländer kommen dann

wieder im Frühjahr d'ran. Es wäre wichtig, **mehr Aktionstage mit Notaren** zu machen, bei denen die Bürger gleich beim Info-stand unterschreiben können. Das wird aber nur möglich, wenn mehr Leser Kostenbeiträge dafür zur Verfügung stellen, da wir die Notare ja bezahlen müssen. Darauf können wir nur hoffen!

ZUM ERGEBNIS DER NATIONALRATSWAHLEN

Die ungeheure Materialschlacht und der gigantische finanzielle Aufwand dieses Medienereignisses wurde **von den Bürgern bezahlt**: über ihre Steuergelder, die sie unter verschiedensten Titeln an die Parteien abliefern („müssen“), und über die **Produktpreise**, die sie an die diversen Konzerne bezahlen „müssen“, die die Parteien offen oder versteckt mit Riesenbeträgen sponsern, damit diese die gigantische Werbemaschinerie finanzieren können. Und das gilt seit einiger Zeit für alle Wahlen, die sich damit weit von jeglicher Demokratie entfernt haben. Auch die „**Gratiszeitungen**“, die in den (U-) Bahn-Stationen bereitliegen oder direkt in die Haushalte gelangen, sind alles andere als „gratis“. Jeder Leser bezahlt sie bei jedem Konzernprodukt mit, das er kauft. Denn die Kosten für die oft riesigen Inserate und Werbebeilagen in den sogenannten „Gratiszeitungen“ werden auf die Konzernproduktpreise (für uns unsichtbar) aufgeschlagen bis hin zum Straßenbau, zum Energiesektor usw. Auch deshalb wird die **Kaufkraft** der Arbeits- und Pensionseinkommen immer geringer und die Qualität der Produkte in den großen Einkaufszentren immer minderwertiger.

Trotzdem - oder vielleicht gerade deshalb - ist die **Wahlbeteiligung** bei diesen Wahlen wieder deutlich gesunken. Instinktiv spüren Viele, was Prof. Knoflacher (siehe Seite 4) vor wenigen Tagen schrieb: „Die Zahl der Stimmen gilt nur mehr als Maß für das Gewicht der Politiker bei den Konzernen, denen sie sich **zwischen den Wahlen** zuwenden.“

Berücksichtigt man die Wahlbeteiligung von 74,9 % und das muß man wohl bei einer ehrlichen Beurteilung des Ergebnisses, erhielten **SPÖ und ÖVP zusammen nur 37,4 %** an Zustimmung aller Wahlberechtigten. Und auch bei den anderen Parteien ist das wahre Ergebnis weit geringer als nach außen hin kundgetan.

Es ist wichtig, daß Bürger, denen Österreich wirklich am Herzen liegt und die bereit sind, dafür auch offen einzutreten, sich dieser Umstände bewußt bleiben. Die Parlamentsparteien sind nicht so „mächtig“ wie sie und die von Konzernen finanzierten Medien uns immer glauben machen wollen!

Briefwahl Verletzung des Wahlheimnisses

Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wurde vor einigen Jahren zuerst das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt und danach die Briefwahl per Wahlkarte eingeführt. Die vordergründig als so „bequem“ angepriesene und auch massiv beworbene Möglichkeit der Stimmabgabe „von zuhause oder wo auch immer aus“ bedeutet aber, daß diese nicht mehr geheim wie in der Wahlzelle ist. Damit wird eine der größten Errungenschaften einer „Demokratie mit freier Meinungsäußerung“, die durch unsere Vorfäter blutig erkämpft wurde, schon bei den heutigen „Wahlen“ zunichte gemacht. Den Einflußmöglichkeiten durch häusliche/familiäre/berufliche/religiöse etc. **Abhängigkeiten** ist damit Tür und Tor geöffnet!

Der oder die Parteifunktionär(in) hat seine/ihre Kinder ab 16 dadurch ebenso leichter „unter Kontrolle“ bei der Stimm-Absendung wie seine/ihre alten Eltern und Großeltern als dies in der Wahlzel-

le ohne Beobachtungsmöglichkeit bei der Stimmabgabe der Fall wäre. Dasselbe gilt für Firmenchefs, Betriebsräte oder Amtsleiter im Hinblick auf ihre Untergebenen. Wenn diese zur gemeinsamen „kollegialen“ Briefwahl „eingeladen“ werden, wer wird sich schon trauen, sich dem zu entziehen?

Wie real solche Einschätzungen sind, wurde durch einen, auch in den Medien berichteten „Fall“ offenkundig – siehe nächstes Kapitel. Wieviele andere, in Wahrheit „Ergebnis-verzerrende“ Fälle es gibt, wird man nie feststellen können. Das gleiche gilt für die sogenannte E-Wahl, die ebenfalls nicht geheim ist. **Deshalb gehört die Briefwahl unbedingt wieder abgeschafft und die elektronische Stimmabgabe darf auf keinen Fall weiter ernsthaft in Erwägung gezogen werden!** Ansonsten hat das Wählen überhaupt keinen Sinn mehr.

WEGWARTE 23. Jahrgang, Folge 6, November 2013, Zulassungsnummer "02Z033544S",
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger: **Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,**
Tel.: **02242/70 516, ihu@a1.net**, Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. November 2013

Organisiertes Ausfüllen von Wahlkarten

In der „Kronen-Zeitung“ und anderen Medien wurde wenige Tage nach den Nationalratswahlen darüber berichtet, daß **„selbst in Moscheen nach Stimmen gefischt wurde“**. (Man beachte die Wortwahl: also nicht nur dort!) „Es fiel nämlich auf, daß SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi auf 3.387 Vorzugsstimmen im Landwahlkreis Wien kam und der türkischstämmige ÖVP-Kandidat Hasan Vural 1.412 Vorzugsstimmen erhielt. Auch SPÖ-Kandidat Resul Ekrem Gönültas kassierte ab. Der Vorwurf: Es wurden vorgefertigte Formulare für die Beantragung von Wahlkarten mit Daten von Moscheebesuchern ausgestellt. Nach Zusendung der Wahlkarten an die Meldeadresse werden sie von den Moscheevereinen abgesammelt, zentral ausgefüllt, und es wird die entsprechende Vorzugsstimme vergeben.“

Ob folgender, für die (noch) Herrschenden sehr wichtige Umstand damit und einer sicher großen Dunkelziffer unterschiedlichen Ursprungs zusammenhängt??? **Das Wahlergebnis ohne Briefwahlstimmen** ergab eine Mandatszahl, bei der SPÖ/ÖVP/Grüne die bisherige Mehrheit im Nationalrat verloren hatten, mit der sie Verfassungsgesetze, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, im Alleingang beschließen können. Also auch EU-Verträge. Nach Auszählung der Briefwahl-Stimmen jedoch hatten sie diese **Verfassungsmehrheit** wieder und die Wahlbeteiligung war dadurch auch um wundersame, fast neun Prozent von 65 % auf fast 74 % gestiegen.

„Der subversive Krieg der EU gegen die Völker Europas. Testfall Ungarn.“

Das war der Titel eines sehr bemerkenswerten Vortrags von **Dr. Eva Maria BARKI** bei der jüngsten „Herbst-Tagung“ der INITIATIVE HEIMAT & UMWELT in Altlengbach im Wienerwald. Die Wiener Rechtsanwältin mit Spezialgebiet Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte führte darin anhand zahlreicher konkreter Fakten, Ereignisse und Aussagen den Zuhörern vor Augen, mit welchen **Methoden** die EU das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt und „unbotmäßige“ Mitgliedstaaten in die Knie zu zwingen versucht.

Für viele überraschend die auch beim Thema „Ungarn“ aufgezeigten Lügen der Medienkampagnen, die die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellen, und als offensichtlicher „Testfall“ insbesondere von den Bürgern anderer **mitteleuropäischer** EU-Mitgliedstaaten als Warnung ernst genommen werden muß. Das dortige Geschehen spielt sich unmittelbar vor unseren nicht mehr vorhandenen (!) Grenzen ab.... Alle, die diesen Vortrag „live“ erlebten, waren tief betroffen und beeindruckt.

Deshalb liegt einem Großteil dieser WEGWARTE-Ausgabe als Service für unsere Leser der gesamte **Vortrag auf DVD** bei, damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können. Viele,

die zu weit weg vom Veranstaltungsort wohnen, konnten ja auch nicht zur „Herbst-Tagung“ kommen und können jetzt auf diese Weise zumindest diesen Vortrag **zu Hause „miterleben“**. Ein solcher Direktversand an tausende Empfänger in ganz Österreich ist für uns ein großes finanzielles Risiko! Sie haben diesen ja nicht bestellt, daher besteht auch **keine** Zahlungsverpflichtung (wie bei der WEGWARTE selbst ja auch nicht). Trotzdem ersuchen wir Sie, **freiwillig** für die DVD den Betrag von 8,80 € per beiliegendem Zahlschein bzw. Überweisung auf unser Konto einzuzahlen, damit zumindest die Kosten für **Produktion und Versand** von fundierter Information „hereinkommen“. Dafür im voraus vielen Dank!

Aus eben diesen Kostengründen kann die DVD mit dem Vortrag von Fr. Dr. Barki **nicht an alle** Empfänger dieser WEGWARTE mitversandt werden. Diesen Empfängern senden wir die DVD aber gerne „auf Bestellung“ zu; bitte zu diesem Zweck am beiliegenden Zahlschein den Vermerk „Bestellung DVD“ dazuschreiben.

Wer einen PC mit Laufwerk hat, kann die DVD auch im Computer abspielen.

ACHTUNG: NEUE ZAHLSCHEINE!

Da die bisherigen schon derzeit nicht mehr von allen Banken angenommen werden und ab 1. Februar 2014 überhaupt verboten sind, müssen auch wir nun die neuen „Zahlungsanweisungen“ mit den langen Ziffernreihen der IBAN- und BIC-Codes verwenden. Auch diese nunmehr europaweit einheitliche, dafür umständlichere und Fehleranfällige Gebahrung „verdanken“ wir der EU. Der Umstellungsaufwand besonders für Klein- und Mittelbetriebe ist beträchtlich.... Und wieder müssen überall vorhandene Vorräte vernichtet werden!

EU und Umwelt

Unter diesem Titel veröffentlichte Hermann KNOFLACHER, Univ.Prof. und Vorstand des Instituts für Verkehrsplanung an der Technischen Universität Wien, nachstehenden Artikel, der in der „Ganzen Woche“ vom 29.10.2013 abgedruckt wurde:

Was wurde uns nicht vorgelogen, was passieren wird, wenn unser Land nicht in die EU eintritt. Die Schweiz wurde totgeredet, weil sie unabhängig bleiben wollte, und nach allem, was in der Zwischenzeit passiert ist, auch bleiben wird. Denn **Demokratie und Konzerndikta-tur sind unvereinbar**. Nicht mehr in der EU zu sein, würde bedeuten, dass wir selbstständig entscheiden, was wir anbauen und essen und nicht durch den Genmais „Smartax“ von Monsanto, der acht Giftgene eingebaut hat, bedroht wären. Die geplante **Freihandelszone USA-Europa** wird auch unser Land mit Gen-Futtermitteln nicht verschonen. Mit dem EU-Vertrag von Lissabon wird die Kompetenz bei der **Patent-gesetzgebung** von der nationalen auf die EU-Ebene verlagert (Art. 118 AEU-Vertrag). Die Gentechnikkonzerne reiben sich die Hände. Noch nie war es einfacher und billiger, Patente auf Leben bewilligt zu bekommen. Unser Land zahlt zwischen 40 und 100 Millionen Euro pro Jahr an die EU-Atombehörde **Euratom**, deren Ziel es ist, die „Voraussetzung für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“. Dieses Geld könnte **nach einem EU-Austritt** in den Ausbau

erneuerbarer Energien gesteckt werden. **Erdgaspipelines** werden derzeit quer durch unser Land gelegt, für die Grundstücksbesitzer enteignet werden (sollen). Diese Transeuropäischen Energie-, Straßen-, Bahn- und Stromnetze kosten hunderte Milliarden Euro und werden vom Steuerzahler (mit-)finanziert. Ausgearbeitet wurde das Konzept der Transeuropäischen Netze von Konzernchefs, umgesetzt wurde es 1:1 vom EU-Rat. Die bäuerliche **Landwirtschaft** wird mit Hürden belegt (Verbot der Verfütterung von Speiseabfällen, Erschwer-nis von Hofschlachtungen ...), während die industrielle Landwirtschaft gefördert wird. Bauern wurden zu Subventionsempfängern degradiert, die von den Preisen für ihre Produkte nicht mehr leben können. Unser vorbildliches **Tiertransportgesetz**, dass jedes Tier nur bis zum nächstgelegenen geeigneten Schlachthof gebracht werden darf, wurde 1999 vom EuGH zu Fall gebracht, es widerspricht dem freien Warenverkehr. Seither macht unser Land mit bei einer unfassbaren Tierquälerei, bei der Millionen Rinder und Schweine jedes Jahr lebend quer über den Kontinent gekarrt werden. Ist das die EU, für die so viele von uns gestimmt haben?

NEUESTE MELDUNG:

Monsanto zerstört Honig: Imker müssen Jahres-Ernte vernichten!

Die Pollen von Monsanto-Mais haben den Honig von bayrischen Imkern verunreinigt. Daher wurde dem Honig die Zulassung verweigert - ohne die geringste Schuld der Imker. Selbst beim Verschenken des Honigs würden sich die Imker strafbar machen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nun entschieden: Die Bienen müssen von den Monsanto-Feldern (!) ferngehalten werden. Die Imker können aber nicht verhindern, daß ihre Bienen mit gentechnisch veränderten Pollen in Berührung kommen.... So mußte

eine ganze Jahresernte Honig vernichtet werden! Das „Bündnis für den Schutz der Bienen“ wird aber weiterkämpfen, denn: sollten nur zwei Prozent der bayrischen Maisfelder auf gentechnisch veränderte Sorten umgestellt werden, gibt es in Bayern (fast so groß wie Österreich) keinen Platz mehr, wo Bienen nicht mit Gen-Pollen in Berührung kommen! Hat die Natur bald jedes Recht verwirkt? Näheres dazu unter www.deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 31.10.2013; Information kann auch zugeschickt werden.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninse-rate!

AUSTRITT aus der EU

Überparteiliches

VOLKSBEGEHREN

Weil Österreichs Bürger nicht länger als **Melkkuh** für die „Rettung“ des **TEURO** und der Banken-Mißwirtschaft herhalten wollen!

Immer höhere Milliardenzahlungen für „Brüssel“ - das Faß ohne Boden - bedeuten eine kalte **Enteignung** der Bürger-Einkommen. Stattdessen Wieder-Eintritt in die funktionierende und sparsame **EFTA** zur Regelung der Handelsbeziehungen.

Weil echte **NEUTRALITÄT** jegliche Mitwirkung an einem Militärpakt wie der EU-Armee (mit ihrem Naheverhältnis zur NATO) ausschließt - siehe Schweiz.

Weil wir nicht Mitglied der **ATOMMACHT EU** bleiben und für diese auch nicht weiter zahlen wollen (EURATOM-Vertrag!).

Weil das oberste Prinzip der EU - der **grenzenlose**, völlig ungezügelte **FREIHANDEL** - nur den Konzerninhabern dient zum **Schaden** von Volkswirtschaften, Natur und Gesundheit!

Folgen: Verfall der Löhne, Gehälter und Pensionen, Verlust der örtlichen Nahversorgung, Lebend-Tiertransporte über riesige Entfernungen, kein (Einfuhr-) Schutz vor genmanipulierten Substanzen.

Weil mit dem **Lissabon-Vertrag**, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, die wichtigsten Prinzipien jeglicher **DEMOKRATIE** (zum Beispiel die Gewaltenteilung) **ausgeschaltet** wurden. Nicht gewählte Kommissare bestimmen, das EU-„Parlament“ hat **keine** Gesetzgebungsbefugnis.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem **amtlichen Lichtbildausweis** (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das **Gemeindeamt** bzw. **magistratische Bezirksamt** Ihres Hauptwohnsitzortes gehen.
 2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung **vor dem Beamten unterschreiben** und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder umgehend an uns retour senden.
- Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Sobald mindestens 8.460 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Wer sind die Betreiber des Volksbegehrens?

Ein überparteiliches Personenkomitee aus langjährigen Trägern und Mitarbeitern unabhängiger Bürgerinitiativen: **Inge RAUSCHER**/Initiative Heimat & Umwelt, **Helmut SCHRAMM**, Angestellter, **Dr. Franz-Joseph PLANK**/Tierschutzorganisation Animal Spirit, **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin, **Mag. Markus LECHNER**, Finanzbeamter i.R., **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin, u.v.a. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom früheren parteifreien Justizminister **Hans Richard KLECATSKY**, Universitätsprofessor für öffentliches Recht in Innsbruck, und der Wiener Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI**, spezialisiert auf Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Kontaktadresse: Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, ihu@a1.net.

www.eu-austritts-volksbegehren.at

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.		[Allfällige Kurzbezeichnung] EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen		
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)	
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift		

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindesiegel	Unterschrift	

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

ZYPERN: TESTLAUF FÜR DEN GROSSEN RAUB

Immer mehr wird auch in ganz anderen Kreisen als „unseren“ das wahre Gesicht der EU erkannt; dies zeigt u.a. der nachfolgende Kommentar von Dr. Matthias DOMBROWSKY in Ausgabe 2/2013 der „med4you“, der „Zeitung der Universitätsvertretung Medizin an der MUW“ (Medizinische Universität Wien).

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob etwas passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Jean-Claude Juncker, Spiegel 52/99.

Mal wieder wurde etwas beschlossen in der EU, nämlich dass die Zyprioten zahlen werden. Nach langem hin und her scheint es nun amtlich zu sein, dass **Geldeinlagen** über 100.000,- € in der Laiki Bank komplett und in der Bank of Cyprus zu mindestens 60% **verloren** sind.

So zeigt sich die hässliche Fratze der EU. An einem Freitag, nach Geschäftsschluss und mit Bankfeiertag am Montag, wird beschlossen, **alle Bürger bezahlen 10% ihres Kontostands**. Alle bestehenden Gesetze und alle Usancen stehen hier zur Disposition. Nachdem die Parlamentarier wohl Angst hatten, mit einer neuen Naturfaser-Krawatte am nächsten Laternenpfahl zu enden, wurde der ursprüngliche EU-Plan verworfen. Stattdessen blieb bei den weiteren Verhandlungen, unter anderem mit Russland, genug Zeit für ausländische (speziell russische) Kontoinhaber, ihr Geld unbehelligt über Filialen in London abzuziehen. Aber auch die Familie des Präsidenten und sicherlich weitere zypriotische Politiker haben die Gelegenheit genutzt, um ihr Geld in Sicherheit zu bringen.

Das Argument, es werden jetzt nur noch große Vermögen getroffen und die bestehen sowieso zu einem großen Teil aus russischem Schwarzgeld, gilt wohl nicht mehr. Die mit dem Schwarzgeld haben sich bereits aus dem Staub gemacht, zurück bleiben, wie immer, **die ehrlichen und kleinen Leute**, wie der 65 Jahre alte Rentner John Demitriou, dessen **private**

Altersvorsorge von circa einer Million Euro nun **gestohlen** wurde.

Es wird zwar schon wieder nachverhandelt, aber egal wie die Zypernkrisen ausgehen wird, ab jetzt darf man sich keiner Täuschung mehr hingeben. Als Griechenland 2008 pleite war, war das Gesetz (und ist es übrigens immer noch), dass kein Euro-Mitglied für die Schulden anderer Euro-Mitglieder bezahlen muss. **Das Gesetz wurde gebrochen**, und Griechenland wurde gerettet. „Eine einmalige Sache“, wurde damals gesagt und aus einmalig wurde mehrmalig, danach ein provisorischer Rettungsschirm und daraufhin ein permanenter.

Zypern, als Peripheriestaat mit minimaler Wirtschaft und Bevölkerung, soll der Test der EU sein, wie eine **Enteignung der Sparer** (oder wie man in Wirtschaftskreisen sagt: eine Schur der Schafe) passieren könnte, wie sie sich entwickeln wird und was die Folgen sein werden. Aus einer einmaligen, einzigartigen Sache wird in der EU schnell eine mehrmalige. So sagte bereits der Chef der Eurogruppe, Jeroen **Dijsselbloem**, dass das Rettungsprogramm in Zypern, genauer gesagt der Zugriff auf private Spar-Einlagen, als **Modell für zukünftige Krisen** dienen könnte. Das wurde wenige Tage später durch EZB-Rats-Mitglied Klaas **Knot** bestätigt, der zugab, dass „ein solches Vorgehen in Europa schon seit längerer Zeit diskutiert wird“.

Hier zeigt sich, wie überheblich die Führungsriege in der EU bereits geworden ist. Nicht nur, dass es sich bei Zypern um einen dreisten Diebstahl handelt, bei dem den wahren Verbrechern auch noch vorher erlaubt wurde, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Es wird sogar öffentlich angekündigt, dass es solche Pläne seit längerem gab und dass Zypern als Modell dienen wird, **wie man diesen Raubzug auch in anderen EU-Staaten durchführen wird**. Jedem, der noch glaubt, sein

Geld sei auf der Bank sicher, empfehle ich dringend **Biedermann und die Brandstifter** zu lesen. Wer es nicht kennt: Biedermann nimmt zwei Brandstifter als Gäste in sein Haus auf, die ihm von Anfang an ankündigen, sein Haus anzuzünden, und er will es bis zum Ende nicht glauben. Eisenring, einer der Brandstifter, sagt darin: „Aber die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Komischerweise. Die glaubt niemand.“

Hier ist die Wahrheit. Dijsselbloem und Knot haben sie klar und deutlich ausgesprochen. Die Wahrheit ist, dass jegliches Vermögen, das ein Bürger hat, vom Staat konfisziert werden kann und wird, in welcher Form auch immer. Es geht hier nicht um die Höhe des Vermögens, es geht um den grundsätzlichen Akt des Staates, sich am Privateigentum anderer Leute zu vergreifen, um seine eigene Misswirtschaft zu bezahlen.

Zwangsabgabe für alle Sparer vorgesehen.

Wie mehreren Medienberichten zu entnehmen, wurde vom IWF („Internationaler Währungsfonds“) **jetzt** mit dem Vorschlag, auf die Vermögen **aller** (privaten) Haushalte in den EU-Staaten eine **Schulden-Steuer von 10 %** zu erheben, ein Stein ins Wasser geworfen - um auszuloten, wie groß der Widerstand der Bürger sein wird. Die Schulden-Krise soll ganz einfach durch Einführung neuer Massensteuern „gelöst“ werden, mit der jegliche private Vermögensbildung „bestraft“ werden soll anstatt diese zu fördern! Wie weit ist diese **Enteignungspolitik** noch vom Kommunismus entfernt???

Wir nehmen den großen Wendepunkt des Jahres in der Natur, die bevorstehende Wintersonnenwende, und die darauf folgenden Weihnachtstage zum Anlaß, im „äußeren Kampf“ etwas innezuhalten, und lassen eines der großen geistigen Vorbilder der IHU zu Wort kommen mit einem Auszug aus seiner jahrzehntelang geführten Zeitschrift „Heimgärtners Tagebuch“. Nachstehender Artikel aus dem Jahre 1909 ist heute - wie vieles, was er geschrieben hat - genauso gültig wie damals.

„Wir leben über unsere Kraft“ von Peter Rosegger

So liest man jetzt in den Zeitungen, und den modernsten Leuten kommt dieser unmoderne Seufzer über die Lippen. Die Warnungen vor dem übergroßen Luxus, vor der krankhaften Vergnügungssucht unserer Zeit, dauern schon seit Jahrzehnten; sie wurden nur verlacht und verspottet, und ein Heer von Agenten zieht ununterbrochen durch die Länder, um die Leute zu neuen Luxusdingen zu verführen, ihnen immer neue Bedürfnisse anzuschwatzen. Wenn jener Geographieschüler fragte, weshalb man europäisches Festland sage, so war die Antwort leicht: Weil man in diesen Ländern fast nichts tut, als Feste zu feiern. Jedes größere Werk wird mit einem Feste begonnen und mit einem Feste beschlossen. Jeder Verein feiert seine Feste, jede Wohltätigkeit ihre Feste. Und es ist notwendig zur fortwährenden Aufweckung. Keine Vaterlandsliebe, kein Nationalbewußtsein, keine Kunstfreude, keine Religiosität könnte bei uns bestehen ohne Festlichkeiten. Und doch sind es lauter Feste, die nicht befestigen. Sobald man irgendeiner Idee ein Weilchen kein Fest gibt, flaut sie ab; die Sache selbst ist den meisten gleichgültig. – Von dem Luxus des täglichen Lebens, von dem dummen Prunk unserer Häuser und Einrichtungen, von der Verschwendung im Sport, von der persönlichen Genußsucht usw. will ich gar nicht reden, man käme zu tief in die Kapuzinerpredigt hinein, und die wäre ganz überflüssig. Reden hilft nicht, dreingeschlagen muß werden, und die Prügel fangen auch schon an. Schon jammert man allerorten

über das ungeheure Verschuldetsein und die Unerträglichkeit der Steuern – und dann noch immer neue Schulden machen. Kleinere Gemeinden puffen Tausende von Kronen, größere Hunderttausende, Städte borgen einander Millionen und Länder Milliarden. Ich wäre neugierig, wie es dann wird, wenn alles einmal oder gar auf einmal niederkracht. Vielleicht ganz lustig, allen Ernstes, besonders für die, so nichts zu verlieren haben. Aber lustig auch für die, die plötzlich erlöst werden von all den Lasten, Mühsalen, Torheiten und Sünden des Überflusses und dann in einfacheren Verhältnissen wieder echtere Menschen sein können. Leider ist ein solcher allgemeiner Zusammenbruch nicht denkbar. Umso schlimmer für die Bankrotteure, die sich nur dann arm und elend finden, wenn sie sehen, daß andere noch reich sind. Einstweilen wollen wir halt munter Schulden machen, unsere Enkel werden schon bezahlen. Es braucht ja nichts weiter als einen großen Glauben. Der Glaube hat von jeher selig gemacht, in allen Formen. So auch der Glaube an die Zahlungsfähigkeit. Der Kredit. Wenn in unserer glaubenslosen Zeit auch die Gläubiger einmal glaubenslos werden, dann kommt die Umkehr. Möge sie dem Zusammenbruch zuvorkommen. Noch heute bestritt es mir einer, daß das Schuldenmachen so gefährlich sei. Gefährlich, meinte er, sei nur das Geldherleihen. Es mag schon sein. Sicherer wäre es jedenfalls, nur dem Geld zu leihen, der gut wirtschaften kann, als einem, der immer Schulden machen muß.

Rosegger für uns

Der aus ärmsten Verhältnissen stammende Schriftsteller wurde zum großen Volkserzieher und erlangte eine ungeheure Popularität. Fast in jedem größeren Ort in Österreich gibt es eine „Peter Rosegger-Gasse“.... Er kann auch für uns „Heutige“ weiter Richtschnur sein! Das beweisen nicht nur die vielen tausend jährlichen Besucher seines Geburtshauses in dem Teil der Steiermark, der heute „Roseggers Waldheimat“ heißt, sondern auch ein soeben erschienenes, neues Buch von Reinhard FARKAS mit dem Titel **„Rosegger für uns. Zeitloses und Aktuelles aus seiner Zeitschrift ‚Heimgarten‘.“** (Zu bezie-

hen u.a. beim „Inter-Info“ um € 4,80, 4502 St. Marien, Mühlenstr. 1, Tel. 07227/80 188, office@meinbuecherdienst.at).

Der Verfasser, Univ.Prof. Dr. **Reinhard FARKAS**, ist Sozial- und Kulturhistoriker an der Karl Franzens Universität in Graz, Photograph, Dichter und Freund auch der irischen Kultur. In seinem neuen Buch setzt er **Roseggers Leben und Schaffen** in Beziehung zur damaligen Mitwelt, zu den Förderern, Kollegen und Freunden, zu Kultur und Politik, zu den von Rosegger besonders angesprochenen Problemen der Arbeiterschaft, des Bauernlebens, der Gesundheit, der Landschaft und des Umweltschutzes (Seite 13 bis 125).

Der zweite Teil (Seiten 126 bis 330) umfaßt die **Texte von Rosegger** zu den Themen „Leben und Glauben“, „Land und Heimat“, „Natur und Kultur“, „Gesundheit und Lebensstil“, „Bewegungskultur und Sport“, „Mensch und Tier“ usw. Das Buch kann jedem empfohlen werden, der sich für den zeitkritischen, visionären Dichter, aber auch für die im 19. Jahrhundert beginnende industrielle Moderne und ihre Gegenströmungen (Lebensreform, Friedensbewegung, Vegetarismus, Umweltschutz) interessiert; es wird zu einem Lese-glück mit vielen „Aha-Erlebnissen!“

Buchbeschreibung und Artikel aus dem „Heimgarten“ entnommen den „Mitteilungen des Sozialen Friedenswerks“ vom September 2013 (www.friedenswerk.at).